Werk

Titel: Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945

Autor: Wysocki, Gerd

Ort: Hamburg

Jahr: 1989

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0004|LOG_0068

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Gerd Wysocki Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945

Ulrich Herbert: **Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1985, 494 Seiten, 38,00 DM**

Klaus-Jörg Siegfried: **Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945. Eine Dokumentation. Campus Verlag, Frankfurt/M. - New York 1987, 239 Seiten, 24,00 DM**

Witich Rossmann: **Panzerrohre zu Pflugscharen. Zwangsarbeit, Wiederaufbau, Sozialisierung. Wetzlar 1939-1956 (hg. von der Verwaltungsstelle der IG Metall in Wetzlar), Marburg 1987, 484 Seiten, 29,80 DM**

Barbara Kasper/Lothar Schuster/Christoph Watkinson: **Arbeiten für den Krieg. Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig 1943-1945. VSA-Verlag, Hamburg 1987, 116 Seiten, 16,00 DM**

Christoph U. Schminck-Gustavus: **Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1986, 156 Seiten, 29,80 DM**

DER »Arbeitseinsatz« von deutschen und ausländischen Männern und Frauen in der Kriegsproduktion des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ist erst in den letzten Jahren Thema historischer Forschung in der Bundesrepublik geworden. In den 60er und 70er Jahren wurde dieses Feld fast ausschließlich von Historikern aus der DDR bearbeitet, die in ihren Untersuchungen den Zwangscharakter der Anwerbungen und des Arbeitsprozesses herausstellten. Die einzige aus dieser Zeit existierende Studie bundesrepublikanischer Forschung von Pfahlmann beschreibt dagegen die Beschäftigung und Behandlung von ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen eher als Folge von Zwängen, die den deutschen Behörden im Kriege auferlegt wurden.

Einen neuen Auftrieb erhielten die Forschungsbemühungen durch die Studien von Streit über die sowjetischen Kriegsgefangenen, durch die populärwissenschaftliche Darstellung von Spaich über »Fremde in Deutschland« sowie nicht zuletzt durch Arbeiten im Rahmen der Schülerwettbewerbe »Alltag im

Nationalsozialismus«, die vorwiegend die Situation von Zivilarbeiter(n)/innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in bestimmten Regionen beschrieben und das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Männern und Frauen thematisierten.

Seitdem sind einige wichtige Forschungsarbeiten erschienen, die das Thema »Arbeitseinsatz« von Ausländer(n)/innen im Nazi-Deutschland aus unterschiedlicher Perspektive angehen.

Den Auftakt machte Ulrich *Herbert* mit seiner Studie »Fremdarbeiter«. In seiner umfassenden Darstellung beschreibt der Autor die Rekrutierung, Behandlung und soziale Lage der ausländischen Zivilarbeiter/innen und Kriegsgefangenen im Deutschen Reich. Mit einem kurzen Abriß über die Geschichte der Ausländerbeschäftigung im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik untermauert Herbert seine These, daß die nationalsozialistische Ausländerbeschäftigung nicht als Kontinuität der Vorjahre zu begreifen ist, sondern eine neuartige Strategie war, und zwar sowohl was den Umfang als auch was die Brutalität betrifft.

Herbert macht deutlich, daß die Zwangsarbeiter/innen je nach nationaler Herkunft unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen waren. Fanden noch bis 1938 traditionelle Ausländerpolizei-Verordnungen Anwendung, die zum Teil aus der Weimarer Republik stammten, so traten seit 1939 zunehmend schärfere Sonderregelungen in Kraft. Der NS-Staat formte eine neue Hierarchie innerhalb der Arbeiterklasse. Oben standen die deutschen Arbeiter, die als »Vorarbeiter« einer Ausländergruppe sogar sozial aufsteigen konnten. Arbeitsrechtliche Zugeständnisse erhielten die Angehörigen der verbündeten Staaten, vor allem die Italiener. Weniger schlecht erging es noch Angehörigen aus den west- und nordeuropäischen Staaten. Im abgestuften Diskriminierungsgefälle folgten »Protektoratsangehörige«, Polen und Polinnen und auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie russische Kriegsgefangene und »Ostarbeiter/innen«. Fast für jede Ausländergruppe existierten eigene Bestimmungen über ihre Behandlung.

Herbert beschreibt den »Ausländereinsatz« in der chronologischen Abfolge der militärischen und politischen Entwicklung. Danach war die Zwangsarbeit zwar frühzeitig Gegenstand von Planungen, aber nicht in dem später realisierten Umfang. Vielmehr wurde die Heranziehung von Ausländern zunächst als befristete Maßnahme verstanden und sollte vor allem die aus der Landwirtschaft in die besser entlohnende Industrie abgewanderten deutschen Arbeiter ersetzen. Obgleich durch eine Reihe von Rekrutierungswellen Millionen von Ausländer(n)/innen zwangsverpflichtet wurden, ohne die die forcierte Rüstungsproduktion nicht aufrechterhalten werden konnte, hangelte sich die nationalsozialistische »Ausländerpolitik« von einer Improvisation zur anderen. Die Bestrebungen des Speerschen Rüstungsministeriums, durch Gestaltung ef-

fizienter Fertigungsabläufe die Produktion zu steigern, und der zunehmende militärische Druck durch die Rote Armee seit 1943 lösten interne Debatten über die Lebensbedingungen der Ostarbeiter/innen aus. Die Fronten der Auseinandersetzung verliefen widersprüchlich. Während die Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) als »hardliner« an ihren Rasse- und Sicherheitsvorstellungen festhielten, suchte die Speer-Administration den Leistungsgrad der Ausländer/innen, vor allem der Ostarbeiter/innen, durch erhöhte Nahrungsmittelzuteilungen und erweiterte Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten zu steigern. Nach der deutschen Niederlage in Stalingrad gingen Teile des Staatsapparates und der Partei unter der Initiative von Goebbels mit der Parole »Europa gegen den Bolschewismus« zur defensiven Propagandastrategie über. Durch »sachgemäße« Behandlung, vor allem der Ostvölker, sollten diese für die »Perspektive eines antibolschewistischen Abwehrkampfes« gewonnen werden. Entscheidende Veränderungen in der Behandlung leitete das NS-Regime jedoch nicht ein, zumal das RSHA die Federführung für den Umgang mit Polen und Ostarbeiter(n)/innen behielt. Die Kompromißfähigkeit des NS-Regimes blieb gerade in der »Ausländerpolitik« eng begrenzt. Hier haben nach Herbert zwei unvereinbare Positionen nebeneinander gewirkt und ihre eigene Dynamik entwickelt, auf der letztlich die Widersprüchlichkeit der »Ausländerpolitik« beruhte.

Neben der Diskriminierungspolitik der Reichsbehörden und der Partei beschreibt Herbert den alltäglichen Rassismus im Betrieb und im Lageralltag der Zwangsarbeiter/innen selbst. Während sich einerseits Substrukturen in den Ausländerlagern herausbildeten, die sich zum Teil einer vollständigen Kontrolle der Behörden entzogen, bildeten diese Strukturen andererseits ein Abbild des nationalsozialistischen Arbeitseinsatzes, das auf der Basis nationaler und sozialer Hierarchien und unmittelbarer physischer Gewalt beruhte.

Herbert versteht seine Arbeit als ein Interpretationsangebot, das zwei miteinander konkurrierende Argumentationsstränge aufeinander beziehen soll. Zum einen richtet er sich gegen die These, daß die »Ausländerpolitik« des NS-Regimes in der Tradition und Kontinuität der »normalen« europäischen Arbeiteremigration stand - zumindest hinsichtlich des Umfanges und der Sondergesetzgebung -, zum anderen auch dagegen, die »Ausländerpolitik« des »Dritten Reiches« als reines »Sklavenarbeitsprogramm« zu sehen, das als »unablässige Folge von Demütigung, Mißhandlung und Verbrechen« erscheint. Diese zweite Auffassung, nach der in Nürnberg in drei großen Militärgerichtsprozessen immerhin die Chefs und Manager der Konzerne Flick, I.G. Farben und Krupp verurteilt wurden, erweckt nach Herbert »den Eindruck einer fremden Zeit in einem fremden Land«. Diese Vorstellung gelte es abzubauen, wenn man verstehen wolle, »was die Realisierung einer nach rassischen Prinzipien aufgebauten sozialen Ordnung in einer modernen Gesell-

schaft bedeutet«. Herbert verarbeitet eine Fülle von Quellen und Literatur. Doch der Anspruch, die Verbindung zwischen der Politik des »Ausländereinsatzes« und der Kriegswirtschaft herzustellen, wird auf weiten Strecken nicht erfüllt. Herberts Recherchen beruhen vor allem auf Behördenakten, da die meisten der von ihm angeschriebenen Unternehmen ihm keine Einsicht in ihre Archive gewährten. Gerade dort wäre die Thematisierung offengebliebener Fragen wichtig gewesen. In der Folge widerspricht Herbert zwar vehement den Darstellungen von DDR-Historikern, die die Kontinuitätsthese der Ausländerpolitik und die führende Rolle des Großkapitals bei den Verbrechen des »Dritten Reiches« vertreten, spart aber selbst - abgesehen von der Initiative Pleigers als Vertreter der Kohlensyndikate für den Einsatz sowjetischer Bergarbeiter und den Arbeitsbedingungen in einzelnen Unternehmen seit 1942 - die Rolle der Unternehmen innerhalb der nationalsozialistischen Arbeitseinsatzpolitik weitgehend aus. Der Konflikt um den »Ausländereinsatz« manifestiert sich bei Herbert in der Auseinandersetzung zwischen den rasseideologischen »hardlinern« und einer auf Effektivität und Zweckmäßigkeit bedachten Partei- und Ministerialelite des NS-Herrschaftssystems, während letztlich regionale Institutionen und Betriebe die entstehenden Widersprüche in der praktischen Umsetzung vor Ort selbst zu lösen bemüht waren (wobei sie auch noch im Widerspruch zur Politik der Reichsbehörde stehen konnten).

Spätestens hier fällt es schwer, nachzuvollziehen, auf welche Weise die Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen den »Ausländereinsatz« dennoch erfolgreich realisiert haben. Herbert bezeichnet den Vorgang als komplizierten Interaktionsprozeß, der von unterschiedlichen und sich wandelnden Interessen und zum Teil sehr gegenläufigen Trends gekennzeichnet war. Doch welche Bedeutung hatten dann die ausführlich beschriebenen Konflikte für das Herrschaftssystem, wenn am Ende doch die Betriebsführungen oder lokalen Parteistellen und Behörden in der praktischen Umsetzung entschieden haben? Wie dieser Interaktionsprozeß verlief, welcher Handlungsspielraum offenstand und welche Mechanismen verhinderten, daß der »rassenpolizeiliche« Zugriff nicht zur Disfunktionalität des »Arbeitseinsatzes« führte, wird nicht deutlich, sondern nur die sich daraus ergebenden Widersprüche.

Eine unternehmensbezogene Studie stellt dagegen die Arbeit von Klaus-Jörg *Siegfried* über »Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945« dar.

Die Untersuchung des Wolfsburger Stadtarchivars befaßt sich mit den Anwerbungsmethoden und den Lebens- und Arbeitsbedingungen von ausländischen Zwangsarbeiter(n)/innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Dafür durchforstete der Autor nicht nur staatliche Archive, sondern zog auch eine Fülle von Erlebnisberichten der Betroffenen heran.

Die 1938 gegründete Gesellschaft zur Vorbereitung des Deutschen Volkswagens (Gezuvor), wenig später in Volkswagenwerk GmbH (VWW) umbenannt, wurde trotz anfänglicher technischer Ausstattung für die Automobilindustrie und nicht ohne Anlaufschwierigkeiten in die Rüstungsproduktion, vor allem für die Luftwaffe, eingegliedert. Das VWW reparierte und montierte Flugzeuge (JU 88), produzierte Flugzeugteile, lieferte Munition, Schwimmgeräte und Panzerlaufräder. Erst 1940 nahm das Werk die Fertigung des Kübelwagens auf und gegen Kriegsende schließlich die Produktion der V-R1. Das VWW war ein Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF), doch lag die Leitung des Hauptwerkes in Fallersleben bis 1941 bei Dr. Ferdinand Porsche. Dieser übernahm anschließend den Vorsitz der »Panzerkommission« und veranlaßte, daß seinem Schwiegersohn, Dr. Anton Piech, die Leitung des Hauptwerkes übertragen wurde.

Das Hauptproblem des VWW, das in einer industriell vollkommen unerschlossenen Region errichtet wurde, bestand von Anbeginn in dem Problem der Arbeitskräftebeschaffung. So wurden für den Aufbau des VWW schon 1938 rund 3000 italienische Bauarbeiter herangezogen. Von den 17 365 Beschäftigten im Jahre 1944 waren 8841 ausländische Arbeiter und 2493 Kriegsgefangene, d.h. rund 2/3 der VW-Belegschaft waren ausländischer Herkunft, davon die meisten Kriegsgefangene. Hinzu kam der Einsatz von KZ-Häftlingen, zunächst als vorübergehende »KZ-Baubrigade« im Jahre 1942. Die Heranziehung von KZ-Häftlingen zu diesem frühen Zeitpunkt erreichte Porsche durch direkten Draht zu Himmler. Dieser wiederum beabsichtigte, die SS in ein interessantes Industrieprojekt einzuschalten. Nachdem Himmlers industriepolitische Ambitionen auf den Widerspruch Speers stießen, wurde 1944 auf dem »Laagberg« für das VWW ein Außenlager des KZ Neuengamme errichtet.

Während Siegfried allgemein den Begriff »Zwangsarbeiter« verwendet, werden in seiner Untersuchung die Lebens- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Ausländer- und Statusgruppen differenziert nach einem Katalog abgestufter Vorrechte bzw. Diskriminierungen. Am schlechtesten erging es den Ostarbeiter(n)/innen, den sowjetischen und italienischen Kriegsgefangenen sowie den KZ-Häftlingen. Waren die Kriegsgefangenen völkerrechtswidrig in der Rüstungsproduktion beschäftigt, so wurde für die Zivilarbeiter wenigstens die Fiktion eines durch Vertrag geregelten Arbeitsverhältnisses aufrechterhalten.

Siegfried beschreibt auch die betrieblichen und außerbetrieblichen Herrschaftsapparate. Sämtliche vom NS-Regime bereitgestellten und in den Rüstungsbetrieben angewandten Herrschaftstechniken verhielten sich zu den ökonomischen Erfordernissen der Rüstungsproduktion funktional. Dabei zeigt er, daß die vom NS-Staat vorgeschriebene (rassistisch begründete) Dis-

kriminierung ausländischer Zwangsarbeiter durchaus den Erfordernissen der Rüstungsproduktion zuwiderlaufen konnte. An diesem Punkt nutzte die Betriebsleitung ihre Machtposition, um in bestimmten Grenzen gegen allzu scharfe Strafmaßnahmen des Werkschutzes, der Gestapo oder fanatisierter Meister vorzugehen, oder bemühte sich, die restriktiven Ernährungsvorschriften für sowjetische Kriegsgefangene zu verbessern. Andererseits verzichtete sie auch nicht auf die Nutzung eigener Repressionsmittel wie beispielsweise eines werkseigenen »Arbeitserziehungslagers«. Priorität genoß offenbar das Wirtschaftlichkeitsprinzip, nach dem auch das Gesundheitswesen ausgerichtet wurde. Dieser Vorrang der ökonomischen Verwertung der Arbeitskraft führte nicht nur zur Mangelversorgung und zum Tod vor allem der erkrankten Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen, sondern auch zum Massensterben polnischer und russischer Kinder im Kinderheim des VWW.

Siegfried dokumentiert seine Untersuchung durch Quellen, Erlebnisberichte, Statistiken und Photomaterial. Besonders in diesen Partien liegt das Verdienst und die Stärke der Arbeit. Der Leser soll die Möglichkeit haben, so der Autor einleitend, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Offenbar mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit heftig ausgetragene Debatte über die NS-Vergangenheit Wolfsburgs verzichtet Siegfried aber immer wieder auf eigene Interpretation des von ihm dokumentierten Quellenmaterials. Hier schreibt nicht einer, der mit engagiertem Mut einen anderen Umgang mit der Vergangenheit fordert, sondern sich durch Zurückhaltung abzusichern versucht. Diese Bemühungen gehen sogar so weit, daß die Gesichter von ausländischen Zwangsarbeitern auf den ohnehin nur unscharfen Gruppenfotos durch einen schwarzen Balken unkenntlich gemacht werden. Die Anonymisierung nach dem Gleichheitsprinzip wird zwar äußerst restriktiv gehandhabt, gleichzeitig aber auch nicht durchgehalten. So werden Direktoren des VWW oder ein Vertreter des OKH im Range eines Ministerialdirigenten anonymisiert, der stellvertretende Leiter des Braunschweiger Arbeitsamtes dagegen nicht. Eine kritische Interpretation hätte die Sachlichkeit der Dokumentation kaum geschmälert, eher die Diskussion bereichert und zu weiterführenden Fragen angeregt.

Eine weitere unternehmensbezogene Studie zum Thema Zwangsarbeit und Rüstungsproduktion verfaßte Witich *Rossmann* über Wetzlar. In einem Vorspann widmet sich der Autor den Entwicklungen zwischen 1933 und 1939. Im Mittelpunkt stehen die Unternehmen der Metallverarbeitung und der eisenschaffenden Industrie: die Pfeiffer-Apparatebau GmbH, die optischen Werke Hensoldt & Söhne und Leitz sowie die Buderus'schen Eisenwerke und die Stahlwerke Röchling-Buderus AG. Der Autor beschreibt die Eingliederung der Werke in die Aufrüstungskonjunktur der 30er Jahre, ihre Export- und Geschäftsbeziehungen sowie die Verflechtungen über Kapitalbeteiligun-

gen, Beziehungen zum Freundeskreis Keppler und Besetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsposten.

Auf der Arbeiterseite schildert der Verfasser die neuen Verhältnisse und Machtstrukturen im Betrieb, die Entwicklung der Löhne und der Sozialpolitik. Ausschnitthafte Arbeiterbiographien belegen, daß das NS-Regime seine Herrschaft nicht nur mit nacktem Terror und gezielter Einschüchterung stabilisierte, sondern sich weitgehend anderer Machtmechanismen bediente wie beispielsweise der Ausnutzung der Erwerbslosigkeit. Daneben kam es freilich immer wieder zu Verhaftungen, weil Arbeiter bei der Gestapo denunziert wurden.

Die Darstellung der Kriegszeit beginnt mit der Aufschlüsselung der Produktions-, Umsatz-, Kapital- und Gewinnentwicklung der Unternehmen. Wie attraktiv die Rüstungsfertigungen waren, vermerkte das Rüstungs-Kommando Gießen, das über die »Sucht der Rüstungsfirmen« nach Aufträgen der Sonderstufenfertigung klagte, weil gleichzeitig damit Privilegien bei der Zuteilung von Arbeitskräften verbunden waren. Bemerkenswert sind die enorm steigenden Profitentwicklungen. So wiesen die Buderus'schen Eisenwerke zwischen 1939 und 1943 zwar einen konstanten Reingewinn von 1,5 Millionen RM aus, gleichzeitig aber konnte die Firma 1943 erstmals wieder eine Million RM ihren Rücklagen zuführen und weitere Rückstellungen von drei Millionen RM vornehmen. Trotz erhöhter Steuerabzüge schütteten die Werke den Aktionären bis 1943 eine Dividende von 5,5 % aus. Um nicht wie im Ersten Weltkrieg durch offen sichtbare Kriegs- und Rüstungsgewinne Empörung in der Bevölkerung hervorzurufen, war ein offener Ausweis der Gewinnentwicklung unerwünscht. Dies führte zur systematischen Verschleierung der Gewinne in den Bilanzen, die Rossmann auch für die anderen Unternehmen ausführlich beschreibt.

Demgegenüber schildert der Autor die zunehmende Verschärfung der Arbeitsbedingungen für deutsche Arbeiter durch innerbetriebliche Umsetzungen und Dienstverpflichtungen, Arbeitszeitverlängerung und Sonderschichten und restriktiven Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO). Der Einsatz der ausländischen Zwangsarbeiter/innen in den Rüstungsbetrieben Wetzlars erfolgte im wesentlichen nach den in den beiden Arbeiten von Herbert und Siegfried beschriebenen Bedingungen. Rossmann beschreibt die Verschleppung, Entrechtung, Hierarchisierung und Ausbeutung der ausländischen Männer und Frauen, die in rund 20 Lagern des Stadtgebietes und 27 Lagern des Kreises untergebracht waren. In sozialpolitischer Hinsicht eröffneten die Betriebe den deutschen Arbeitern einen scheinbaren Aufstieg zum Vorarbeiter über ausländische Zwangsarbeiter, um ein Klima ständiger Entsolidarisierung zu schaffen. Andererseits bedienten sich die Firmen der Möglichkeit, renitente Arbeiter über die Gestapo in Arbeitserziehungslager einliefern

zu lassen. Darüber hinaus richteten größere Betriebe auf ihrem Werksgelände sogar Arbeitszellen ein, in denen vor allem ausländische Zwangsarbeiter mißhandelt wurden. Erschütternd ist zu lesen, daß ausländische Zwangsarbeiter/innen bei schwerer Erkrankung als nicht mehr »gebrauchsfähig« zur Vernichtung ausgesondert wurden. Spätestens ab Sommer 1944 ließen Arbeitsamt und Rüstungsunternehmen erkrankte osteuropäische Arbeiter/innen zum Teil sogar durch Firmenbeauftragte in das Lager Pfaffenwald oder direkt nach Hadamar bringen, wo sie - viele erst 20 Jahre alt - mittels tödlich wirkender Medikamente umgebracht wurden.

Rossmann geht über die »Stunde Null« hinaus und beschreibt die Nachkriegszeit in Wetzlar. Für diese Zeit konzentriert sich die Darstellung auf die Neugründung der Arbeiterorganisationen und ihren Einfluß auf den Demokratisierungsprozeß sowie auf die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik.

Dem Autor geht es vor allem darum, zu zeigen, daß es der Arbeiterbewegung trotz ihrer bitteren Erfahrungen mit dem NS-Regime nach 1945 nicht gelang, die ökonomische und politische Macht des Kapitals zu kontrollieren. Dementsprechend arbeitet er die Kontinuitätsstränge gerade im wirtschaftlichen Bereich deutlich heraus sowie die Folgen der Tatsache, daß die Demokratisierung der Wirtschaft scheiterte. Weil die Zwangsarbeit ausländischer Männer und Frauen im NS-Regime einen Schwerpunkt der Studie bildet und auch das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern eine wichtige Rolle spielt, wäre aber ebenso wichtig zu erfahren, wie sich deren Situation über die »Stunde Null« hinaus dargestellt hat. Dagegen werden in den Passagen über die Lage der DPs ihre Versorgung und »Repatriierung« als rein technisches Problem abgehandelt. Im Mittelpunkt nach 1945 stehen die deutschen Arbeiter. Der Autor stellt für diese Zeit nicht die Frage, ob eine sozialistische oder wenigstens auf dem Gemeinwirtschaftsprinzip beruhende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich als Grundgedanke in größeren Teilen der Arbeiterschaft verankert war. Ein kurzer Hinweis darauf, daß die im Potsdamer Abkommen beschlossene Aufhebung der »übermäßigen Konzentration der wirtschaftlichen Macht« mit den gewerkschaftlichen Forderungen übereinstimmten, hilft da nicht weiter. Erst recht nicht, wenn mit dem Hinweis auf die Sozialisierungsforderungen nach dem Ersten Weltkrieg und der 1928 vom ADGB programmierten »Wirtschaftsdemokratie« der Eindruck eines bruchlosen Demokratieverständnisses hergestellt wird, dessen Träger ganz allgemein in den Arbeiterorganisationen zu suchen sei. Der einleitend formulierte Anspruch, aus der Geschichte zu lernen, beschränkt sich deshalb am Ende darauf, daß es »handlungsfähiger Betriebsräte und gut organisierter Gewerkschaften« bedarf.

Eine dritte unternehmensbezogene Untersuchung befaßt sich mit den rea-

len Arbeitsbedingungen und -verhältnissen bei Rheinmetall-Borsig 1943–1945. Das Hauptinteresse der Autor(en)/innen Barbara *Kasper*, Lothar *Schuster* und Christof *Watkinson* gilt der Frage, wie die deutschen und ausländischen Arbeiter/innen im Betriebsalltag miteinander umgegangen sind. Einer kurzen Darstellung der Firmengeschichte folgen zahlreiche Erinnerungsberichte und Gesprächsauszüge. Ein Betriebsingenieur und seine Frau, die als Studentin dienstverpflichtet wurde, erinnern sich an die Zeit bei Borsig als eine »gute Zeit«, »eine Zeit des Vorwärtskommens, des Aufstiegs«, und außerdem habe man ja »damals noch gehofft, daß wir den Krieg gewinnen«. Sie hätten nur ihre Arbeit gemacht. Daß mit dem Endprodukt »zum Beispiel in einen Haufen Russen reingeschossen wurde, haben wir nicht gesehen«. Selbst keine Parteimitglieder, hätten sie schließlich mit allen im Betrieb leben müssen – »ob Nazi oder nicht«. Ausländer/innen erscheinen in der Erinnerung als »hübsche Französinnen«, »reizende Mädchen« oder Holländer, die »fleißig, sehr fleißig« waren. Angesichts der offen sichtbaren Diskriminierung von polnischen und sowjetischen Arbeitern (»ganz arme Schweine«) dachte man an die »unseren«, denen es »hoffentlich ... nicht genauso« geht. Auch für andere dienstverpflichtete junge Frauen bildete die Fabrikarbeit zunächst ein neues Erlebnis, das damals zwar als unheimlich empfunden wurde, aber im Rückblick als wertvolle Lebenserfahrung erscheint: »Fabrik war was Neues.« Die erste schockierende Erfahrung des Krieges löste der Reparaturauftrag für ein durch Rohrkrepierer beschädigtes Geschütz aus: »Die Geschützbedienung, die dahinter gestanden hat, die muß ja tot sein. Das erschütterte mich.« Die polnischen Zwangsarbeiter/innen dagegen lösten nur Mitleid aus, denn sie waren »hilflos in solch einer Umgebung« und haben »überhaupt nicht verstanden, worum es ging«.

Erinnerungen niederländischer Studenten und einer polnischen Schülerin, die zwangsweise für die Borsig-Werke rekrutiert wurden, werden festgehalten. Den Holländern gelang es rasch, sich über die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse zu informieren. Die meisten Deutschen hätten zu ihnen Abstand gewahrt, doch zu ihrer Überraschung warnten einige von ihnen die Holländer vor dem Kontakt mit für sie gefährlichen Personen. Das Tagebuch einer polnischen Zwangsarbeiterin hält ihre Leidenszeit bei Borsig fest. Sie, die mit ihrer Mutter nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands verschleppt wurde, schildert, wie andere polnische Frauen, erschöpft und ausgezehrt, während der Zwölf-Stunden-Schichten an den Maschinen ohnmächtig zusammenbrachen. Über das Verhältnis zu den Deutschen wird Unerfreuliches berichtet, so beispielsweise von Zusammenstößen mit dem Werkschutz. Gern erinnert sie sich dagegen an die Kontakte zu anderen Ausländern, vor allem den »holländischen Jungs«, von denen sie zu Theateraufführungen und Musikabenden eingeladen und moralisch gestärkt wurde: »Sie waren wundervoll.«

Obgleich einige Gesprächspartner den Interviewern versichern, daß Arbeitsverweigerung oder Sabotage »hoffnungslos« war, ja »glatter Selbstmord«, verfolgen die Autoren doch die Spuren des Widerstands. Sie entdeckten die Existenz einer Widerstandsgruppe, bestehend aus 20 bis 30 Mitgliedern kommunistischer, sozialdemokratischer und christlicher Orientierung, die unter dem Decknamen »Mannhart-Gruppe« operierte. In der Geschichtsschreibung tauchten sie als Gruppe bislang nicht auf. Unter äußerster Vorsicht hielten sie untereinander Verbindung, stellten Kontakte zu ausländischen Zwangsarbeitern her und tippten und verteilten zweisprachige Flugblätter (ein Arbeiter besaß noch eine Schreibmaschine mit russischen Schrifttypen), obgleich sie auch wußten, daß ihre Aufrufe zur Sabotage und zum Langsamarbeiten natürlich schwer zu befolgen waren. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß einige ehemalige Gruppenmitglieder, die heute noch leben, nicht bereit waren, über ihre Widerstandstätigkeit zu berichten: aus Verbitterung, weil sich 40 Jahre lang niemand dafür interessiert hat, oder aus Angst, daß die Nachbarn darüber etwas erfahren könnten. Der Gedanke, daß ihre Angst, über den Widerstand zu berichten, vielleicht berechtigt ist, hat die Autoren erschreckt.

Die Untersuchung stützt sich auf die Methode der zeitgeschichtlichen Befragung. Die Verfasser weisen darauf hin, daß die Schilderungen weder in sich noch untereinander widerspruchsfrei sind. Sichtbar werden jeweils persönliche Perspektiven, die auch noch bei derselben Person wechseln können. Nach 40 Jahren werden die Erinnerungen immer noch durch Ängste oder durch Rechtfertigungsdruck beeinflußt. Insofern ist die Arbeit nicht nur ein historisch interessantes Lehrstück, sondern sie gibt auch zahlreiche Ansatzpunkte zu politischem Nachdenken.

Unter sozial- und rechtsgeschichtlichen Gesichtspunkten ging Christoph *Schminck-Gustavus* der Geschichte eines verschleppten Polenjungen, Walerjan Wróbel, nach. Sie wirft ein erschütterndes Licht auf das Schicksal der Zwangsarbeiter/innen, das hinter statistischen Größenordnungen zu verschwinden droht. Am Beispiel des jugendlichen Polen zeigt der Autor die komplexen Begutachtungs- und Entscheidungsabläufe eines Apparates, dessen Beamte die NS-Herrschaft aufrechterhielten.

Walerjan Wróbel, sein Elternhaus war niedergebrannt, wurde 1941 zwangsrekrutiert und vom Arbeitsamt einem Bauernhof zugeteilt. Weil er an Heimweh litt, lief er fort, um nach Polen in sein 900 km entferntes Dorf zu laufen. Man ergriff ihn, verwarnte ihn polizeilich und brachte ihn wieder an seine Arbeitsstelle zurück. Nun verfiel Walerjan Wróbel auf die Idee, in einer Scheune Feuer zu legen, um »zur Strafe« nach Hause geschickt zu werden. Der Brand, der keinen großen Schaden anrichtete, wurde nach sofortiger Entdeckung gelöscht. Der Junge half bei den Löscharbeiten. Doch nun begann ihn das Räderwerk der Repression zu zermalmen. Zu einem Zeitpunkt, an

dem die Justiz die Strafverfolgung von polnischen und sowjetischen Bürgern noch nicht dem Polizeiapparat des Reichsführers SS »zur Erledigung« überantwortete, ermittelte die Gestapo zunächst für die Staatsanwaltschaft beim Bremer Landgericht. Deutsch sprach Walerjan Wróbel nicht, so daß das Protokoll die Beamtensprache des Gestapo-Dolmetschers festhielt. Die Polizeiversion wurde als Tatbestandsaufnahme der Justiz zugeleitet. In einem »Rassegutachten« bescheinigte obendrein der Polizeivertragsarzt die »Minderwertigkeit« des Jugendlichen, was offenbar auf die Zustimmung des leitenden Staatsanwalts stieß. Während seiner mehrmonatigen Gestapohaft in Neuengamme, wo Walerjan Zwangsarbeit verrichtete und hungerte, hoffte er, ohne sich zu beschweren, auf Gnade. Das Bremer Sondergericht lehnte das Gnadengesuch seines Strafverteidigers ab und verurteilte den Polen Anfang Juli 1942 zum Tode. Die Hinrichtung des 17jährigen wurde von der Presse als »wohlverdiente Strafe« der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Schminck-Gustavus rekonstruiert den Ablauf des gesamten Geschehens mit Akribie. Jede Randnotiz in der Behördenakte wird auf ihre Bedeutung hin überprüft, die Gedanken der Täter werden rekonstruiert ebenso wie die Leiden ihres Opfers. Die Leser werden anhand von Aktenmaterial, Orts- und Situationsbeschreibungen und Photos vom Bauernhof als »Tatort« in den Gerichtssaal geführt und erhalten Einblick in die Haftbedingungen des KZ Neuengamme. Der Weg endet, für die NS-Zeit typisch, bei der bürokratisch genauen Abrechnung der Hinrichtungs- und Überführungskosten des Ermordeten.

Der Verfasser hat nicht nur Archivmaterial ausgewertet, sondern nach 40 Jahren den Kontakt mit den Angehörigen und Freunden des Toten in seinem Heimatdorf hergestellt. Er hat auch nach den Tätern gesucht. Diese überstanden das Entnazifizierungsverfahren als »Mitläufer«, »Entlastete« und »Nichtbetroffene«. Sie konnten sich, ohne jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden, nach 1945 auch weiterhin der Rechtspflege widmen. Und die Angehörigen? Die Sucharbeiten von Schminck-Gustavus trugen dazu bei, daß Rechtsanwalt Heinrich Hannover im Auftrag der Schwester Walerjan Wróbels die Aufhebung des Todesurteils beantragte. Ende Januar 1988 gab die 2. Jugendkammer des Bremer Landgerichts dem Antrag statt.